

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenburg RM. 1.50.
Euch die Post im Ost- und Ober-
amtsbezirk, sowie im sonstigen In-
lands den Postgebühren RM. 1.50 mit
Postzuschlag. Preise freibleibend.
Preis einer Nummer 10 Pf.
Es gelten höhere Preise für Abnehmer
im Ausland auf Befehl der
Verwaltung oder auf Nachzahlung
des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Post-
ämter, sowie Agenturen und
Buchhandlungen jederzeit entgegen.
Fernsprecher N. 4.
Telefon Nr. 24 bei der Oberamts-
Poststelle Neuenburg.

Der Enztäler

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile über
den Raum 25 Pf., Restamts
10 Pf. Kollektivanzeigen 100 Pf.
Zurück. Offerte und Auftrags-
erteilung 20 Pf. Bei größeren
Anzeigen Rabat, der im Falle
des Nacherschens fünfzig
wird, ebenso wenn die Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen nach Ver-
einbarung erfolgt. Bei Tarif-
änderungen treten sofort alle früheren
Vereinbarungen außer Kraft.
Berichtstand für beide Teile in
Neuenburg. Für telef. Aufträge
wird keine Gewähr übernommen.
Erscheint täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg

Druck und Verlag der Reeb'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Wiesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Wiesinger in Neuenburg.

Nr. 202

Dienstag den 30. August 1932

90. Jahrgang

Der Reichstag und die Konferenz von Neudeck

Das Ergebnis der neuen Zusammenkunft mit Hitler — Ueberraschender Vorstoß des Reichstags
Allgemeine Auflösungserwartung

Berlin, 29. Aug. (Eig. Meldung.) In der Wilhelmstraße wurde heute abend mitgeteilt, daß die heutige Zusammenkunft zwischen dem Kanzler und Adolf Hitler keine Veränderung der politischen Lage gebracht habe. Das heißt also, daß die Nationalsozialisten nicht daran denken, die Regierung Papen zu tolerieren. Bestätigt wird diese Haltung auch durch eine fünfviertelstündige Rede, die Hitler heute nachmittag im „Kaiserhof“ vor seinen Abgeordneten gehalten hat. Nach dieser ablehnenden Antwort Hitlers ist nun endgültig Klarheit geschaffen, und der Reichskanzler weiß genau, woran er ist, wenn er morgen in Neudeck dem Reichspräsidenten Bericht erstattet. Diese Klarstellung dürfte das Ziel der heutigen Besprechung gewesen sein.

Im Reichstag, wo es heute durch die Sitzungen der verschiedenen Fraktionen schon recht lebhaft zuging, war diese Situation naturgemäß das allgemeine Gesprächsthema. Die Besprechungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum sind heute nicht weitergekommen. Bei so ziemlich allen Lagern geht der Eindruck dahin, daß es für einen Erfolg dieser Verhandlungen bereits zu spät sei. Man rechnet vielmehr durchgängig mit der Auflösung und ist sich nur nicht darüber klar, ob sie bereits in dieser oder erst in der nächsten Woche erfolgen wird.

Eine Rede Hitlers

Berlin, 29. Aug. (Eig. Meldung.) In der heutigen Sitzung der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion nahm Adolf Hitler das Wort zu eingehenden richtungsgebenden Ausführungen über die Stellung der NSDAP zur politischen Lage. Vortierlich verläutet darüber:

In einem kurzen Rückblick streifte Hitler den gigantischen, arbeits- und opferreichen Kampf der Bewegung und ihre bisherigen Erfolge, regierend bereits in zahlreichen deutschen Ländern und im Reich eigentlich nur noch bekämpft wegen des Nahes der Macht, das die Bewegung beansprucht gegenüber dem, was die Gegner ihr noch vorzuenthalten zu können glauben. Immer werde einer Bewegung, die nach allen Gegebenheiten des Rechtes — auch des Rechtes der anderen — den Anspruch hätte, zu herrschen, dieses Recht heute noch verweigert. Aber gerade deshalb sei der Sieg der Bewegung, der absolut gebühre, sei, nur noch eine Frage der Zeit. Nie habe er mit mehr Ruhe und Zuversicht der Entwicklung entgegengesehen als heute. Der Anspruch der Bewegung auf die Macht werde auch von Regierungsseite heute nicht mehr bestritten, aber man wolle ihr die Erfüllung ihrer Ansprüche in Form von bieten, die sie zum selbständigen Handeln unfähig mache. Wenn er die Haltung einzelner Verbände der Regierung im Hinblick auf ihren Wirkungsbereich auch zu würdigen wisse, so hätten sie doch alle nur — außer einem — ihren Namen einzusetzen. Die NSDAP, aber habe nicht einen Namen einzusetzen, sondern 11 Millionen deutscher Menschen, die voll grenzenlosem Vertrauen hinter ihr ständen. Diese Bewegung, des deutschen Volkes größte Organisation, einzigartig und nur einmal im deutschen Volk gewachsen, sei heute die Nation und habe die Pflicht, sich als solche zu fühlen. Wenn man diese nationale Selbstbehauptung als Unerlöschlichkeit bezeichne, dann nehmen wir diese „Unerlöschlichkeit“ vor der Geschichte auf uns. Solange bei der Regierung eine Auffassung herrsche, wie die bezüglichen Punkten zum Ausdruck gekommen, könnte die nationalsozialistische Bewegung diese Regierung nicht mit ihrem Namen bezeichnen. Hier kenne er keine Objektivität. Er habe kein Verständnis dafür, daß für einen politischen Infarkt, der einst gegen unsere deutschen Brüder in Schlesien geschehen bot, fünf Nationalsozialisten unter das Radteil kommen sollten.

„Der bin ich nicht objektiv, sondern subjektiv. Wer für Deutschland kämpft und lebt, freisetzt und, wenn es sein muß, stirbt, hat alles Recht und wer sich gegen Deutschland wendet, hat gar kein Recht.“ In einer Frage, die den Staat selbst betreffe — und der Sieg des Kommunismus sei eine Angelegenheit, die den Staat angehe — könne sich dieser nicht einfach neutral darüberstellen.

Die nationalsozialistische Bewegung habe den ungeheuren Vorzug, ein einziger operationsfähiger Faktor zu sein. Als Führer könne und werde er jeden Weg beschreiten, der die Bewegung und damit die Nation dem Ziele näher führe. Die Gegner sollten wissen, daß ihnen in der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion nicht 20 Mann gegenüberstünden, sondern diese Fraktion trete ihnen wie ein Mann gegenüber. Sie werde dem ganzen deutschen Volk, das heute auf sie blasse, ein Beispiel grenzenloser Disziplin geben. Unsere Auffassung unterzeichnet sich von der unserer Gegner dadurch, daß wir sagen: Man kann auch ohne das Volk regieren. Bis zu regieren sei nur der, der aus dem Volk herauswächst und dieses Volk kennt. Das heute regierende System müsse scheitern an dem gänzlichem Fehlen einer lebendigen Verbindung mit dem Volk. Die Millionen hätten den Abgeordneten der nationalsozialistischen Bewegung das Vertrauen ausgesprochen in der Hoffnung, daß sie dem deutschen Volk nun ein anderes Gesicht gebe, als die anderen Parteien es getan hätten. In dieser Erwartung würden sie nicht getäuscht werden. Das

Trotz dieser ziemlich weit verbreiteten Ansicht will man aber am Dienstag doch einen Vorstoß machen, und zwar ist beabsichtigt, bereits morgen das Präsidium zu wählen. Der Gedanke scheint von den Nationalsozialisten auszugehen. Auch das Zentrum ist damit einverstanden. Nur befinden sich noch gewisse Schwierigkeiten bei den Sozialdemokraten, die die Absicht haben, Paul Löbe im ersten Wahlgang als Präsidenten vorzuschlagen und, wenn sie damit, wie zu erwarten ist, nicht durchkommen, ihn als ersten Vizepräsidenten zu nominieren. Die Schwierigkeit liegt nun darin, daß die Nationalsozialisten keinen Sozialdemokraten wählen wollen und die Sozialdemokraten dann vielleicht Einspruch gegen die Tagesordnung erheben. Der Sinn des etwas überraschenden Planes liegt darin, daß man dem Reichspräsidenten die Arbeitsfähigkeit des Reichstages demonstrieren will. Man spricht davon, daß das Ergebnis der Wahl sofort nach Neudeck mitgeteilt und daß gleichzeitig an den üblichen Empfang nachgedacht werden soll. Deshalb werden auch heute abend noch Besprechungen sein, um einen glatten Verlauf der morgigen Wahlen sicherzustellen. Ueberrassend ist es technisch durchaus möglich, daß bei Besprechung noch am gleichen Tage eine neue Sitzung anberaumt wird. Ob aber diese Taktik noch irgendwelchen Sinn hat, das wird selbst von namhaften Abgeordneten skeptisch beurteilt, die sie an und für sich befürworten. In der Tat sieht man auch die Entscheidung über die weitere Entwicklung zunächst in der überaus wichtigen Konferenz, die morgen beim Reichspräsidenten in Neudeck stattfindet.

Voll wolle Mut, Kraft, Entschlossenheit und Fähigkeit sehen. Wer sie beweise, dem werde es folgen. Ganz gleich, auf welcher Ebene die nationalsozialistische Bewegung leuchte werde, künftigen werde sie nicht, sondern kämpfen bis zum Siege. Sie sei in jeder Stunde bereit, wieder vor die Nation zu treten. Das möge der Gegner wissen.

Ablehnende Haltung der Freien Gewerkschaften zum Wirtschaftsprogramm

Präzisionstelegramm an den Reichspräsidenten

Berlin, 29. Aug. (Eig. Meldung.) Die Vorkände der Freien Gewerkschaften und Angestelltenverbände haben dem „Abend“ zufolge an den Reichspräsidenten ein Telegramm geschickt, in dem sie die Erklärungen des Reichskanzlers in Münster über die Absichten der Reichsregierung als die „tatsächliche Beseitigung des verfassungsmäßig garantierten Tarifrechts und eine einseitige Vereinerung der Unternehmern auf Kosten der Arbeiter und Angestellten“ bezeichnen und in den Herrn Reichspräsidenten appellieren, „einer solch beispiellos unethischen Politik“ die Zustimmung zu verweigern und die verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiter und Angestellten zu schützen.

Im Zusammenhang hiermit bringt der „Abend“ eine Information aus Kreisen der Freien Gewerkschaften, nach der diese das Programm Papens mit Entschiedenheit ablehnen und den Plan mit größter Skepsis aufnehmen, Neueinstellungen von Arbeitern mit einer Prämie von 400 Mark zu belohnen. Man weiß darauf hin, daß aller Voraussicht nach allen möglichen Schiedungen Tür und Tor geöffnet sein wird. Es würde eine Kleinigkeit für Unternehmer sein, sich dabei zu betätigen, daß einer von ihnen die entlassenen Arbeitskräfte des anderen aufnimmt, um sich dafür eine Prämie von 400 Mark pro Kopf jährlich zu sichern.

Auch dem Gedanken, eine Minderung der Löhne einzutreten zu lassen als Belohnung für Einstellung neuer Arbeitskräfte, stehen die Gewerkschaften nach dem „Abend“ durchaus ablehnend gegenüber. Sie verweisen auf die Gefahr, daß nach diesem geplanten neuen System der neuangestellte Kollege den Arbeiter als ein Minderr ihrer Löhne erwidern würde, als einer, der den schon Beschäftigten ein Teil von ihrem Brot wegnimmt. Starke Widerstände der Gewerkschaften gegen ein derartiges System seien ganz unvermeidlich.

Entscheidung über den Tannenbergfilm

Berlin, 29. Aug. Die Filmprüfstelle Berlin hat heute vormittag nach einer mehr als vierstündigen Verhandlung die Entscheidung über den Tannenbergfilm gefällt. Sie hat in dem Film alle Szenen verboten, in denen Generalfeldmarschall von Hindenburg erscheint. Im übrigen jedoch zur öffentlichen Vorführung auch für Jugendliche zugelassen. Die Kammer hat ihre Entscheidung damit begründet, daß die Darstellung des amtierenden Reichspräsidenten im Film die öffentliche Ordnung und das deutsche Ansehen gefährde sowie lebenswichtige Interessen des Staates verletze. Die Firma hat dagegen sofort Beschwerde eingelegt.

Seltene Episode aus Amsterdam

Amsterdam, 29. Aug. Nachdem die heutige Sitzung des Weltkongresses gegen den Krieg neben dem Otto Rohwied-Berlin, General v. Schönaich und eines Bruders des früheren Reichswehrleitnants Scheeringer gebracht hatte, öffneten sich plötzlich die Türen des Verhandlungsraumes und ein italienischer Matrose, dessen Gesicht mit einem Tuch verhüllt war, wurde zum Rednerpult geleitet. Stillschweigend begrüßt hielt der Mann eine leidenschaftliche Ansprache gegen den Faschismus in Italien und in den anderen Ländern; folgend nach seiner Rede wurde er wieder hinausgeführt, um zu verhindern, daß er erkannt und Verfolgungen durch die italienische Regierung ausgesetzt werde.

Einzelheiten zum Wirtschaftsprogramm

Berlin, 29. Aug. (Eig. Meldung.) Ueber das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung erfahren wir von unterrichteter Seite noch folgende Einzelheiten: Das Zentralproblem für alle wirtschaftlichen Überlegungen der Gegenwart ist die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung geworden. Es geht heute darum, möglichst alles, was bis heute auf dem Arbeitsmarkt brach gelegen hat, wieder in den Wirtschaftsprozess einzugliedern. Bei den sehr fahlliden und sehr vorsorglichen Besprechungen über dieses Problem, die schon seit zwei Jahren, angefangen von der Brauns-Kommission, gepflogen worden sind, hat sich gezeigt, daß es nicht möglich ist, der Arbeitslosigkeit allein mit den bisher angewendeten Mitteln, nämlich mit Notstandsarbeiten und Arbeitsbeschaffungsprogrammen zu begegnen. Die Arbeitsbeschaffungsprogramme und die Notstandsarbeiten sollen zwar durchaus nicht aufgegeben werden, doch genügen sie allein nicht. Es muß mehr geschehen, um das Uebel der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Überlegungen der Reichsregierung gehen davon aus, daß man die Arbeitslosigkeit aus der Privatwirtschaft heraus zu bekämpfen suchen muß. Das hat dazu geführt, daß die Reichsregierung zu der Erkenntnis gekommen ist, daß sie die Privatwirtschaft härteren muß. Solange die Krise noch im Wachsen begriffen ist, solange hat es keinen Wert, die Wirtschaft zu veranlassen, mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen. Ganz besonders gilt das für die Zeit der Deflationsschritte: denn die Abgaben lassen sich nicht so schnell senken wie die Einnahmen.

Von dieser Tatsache gehen die Lähmungserscheinungen aus, die parallel einer jeden Deflationsschritte bemerkbar werden. Wenn man nun der Meinung ist, daß der längste Teil des Weges durch die Krise zurückgelegt ist, dann darf man daraus den Menden schöpfen, daß wieder eine Belebung der Privatwirtschaft einkehren wird, ja sogar, daß die Weltwirtschaft sich wieder beleben wird. In einem solchen Moment ist es gerade fertig, daß auch die Privatwirtschaft, wenn ihr die Möglichkeit dazu gegeben wird, anders darauf reagieren wird als das in einem früheren Zeitpunkt der Fall gewesen wäre. Aus diesem Grunde wird der Versuch gemacht, die Privatwirtschaft in den Stand zu setzen, in Zukunft anders zu disponieren als bisher und dadurch den Anstoß an die Belebung der Weltwirtschaft überhaupt zu finden. Seit zwei bis zweieinhalb Jahren haben wir es in breiten Schichten der Wirtschaft mit Zurückstellung der Arbeiten für die Erhaltung der Betriebe zu tun. Diese Dinge müssen jetzt nachgeholt werden, weil zum Beginn des Wiederaufschwungs der Gesamtwirtschaft der Produktionsapparat in Ordnung sein muß. Ferner ist die Beobachtung zu machen, daß in einem gewissen Teile der Wirtschaft die Lagerbestände schon ganz außerordentlich niedrig sind. Auch hieraus ergibt sich die Möglichkeit einer Beschäftigung weiterer Arbeitskräfte im Falle des Aufschwungs. Für diese Belebung der Wirtschaft muß man einen Einfluß haben, der genügend groß ist. Er ist ein einer Größe von 2 bis 2,2 Milliarden Mark aufgestellt worden, aufgelöst in zwei Teile zu 700 Millionen und 1,5 Milliarden Mark. Die 700 Millionen Mark stellen eine Prämie auf die Mehrbeschäftigung von Arbeitern dar. Diese Prämie beträgt, wie bereits bekannt, pro Kopf des Arbeiters 400 Mark im Jahre, oder vierteljährlich 100 Mark. Die Prämie hat die Wirkung, die öffentlichen Haushalte von den Kosten für die Arbeitslosen zu entlasten, für den einzelnen Arbeiter gerechnet um einen Betrag, der größer ist als 400 Mark. Um so mehr man von diesem Gelde ausnimmt, um so größerer Anreiz des Wirtschaftsvolumens ist zu erwarten. Wenn die Entlastung auf diesem Weg herbeigeführt wird, kommt sie in erster Linie den Gemeinden zu Gute, indem die Wohlfahrtslasten unmittelbar verkleinert werden. Der Einfluß des anderen Teiles des Betrages in Höhe von 1,5 Milliarden Mark soll in der Form erfolgen, daß für die nächsten 12 Monate, in dem Maße, als gewisse Steuern fließen, auf diese Steuern Anrechnungsscheine gegeben werden. Bei den Steuerarten handelt es sich um die Umsatz-, Gewerbesteuer, Grundvermögens- und Beförderungssteuer, die entweder in monatliche oder vierteljährliche Abschnitte (Anrechnungsscheine) geteilt werden.

Doch sind die Erordnungen über die Unterteilung noch nicht abgeschlossen. Jeder, der zu einer dieser Steuern verlangt ist, muß sie in der Veranlagungshöhe zahlen; er bekommt jedoch in dem Maße, wie eine Erleichterung vorgeesehen ist, einen Steueranrechnungsschein, z. B. bei der Umsatzsteuer, die jetzt mit 2 Prozent erhoben wird, handelt es sich um Anrechnungsscheine, die die Hälfte der gezahlten Summe betragen. Die Steueranrechnungsscheine können in jeder Weise auf normalem Wege zur Kreditbeschaffung und Liquidationshilfe verwendet werden. Sie können aber auch zur Verzinsung von Steuern verwandt werden und zwar in den Jahren 1934 bis 1938 jährlich mit 20 Prozent.

Zinsenkung für die amerikanischen Stillhaltkredite

w. New York, 29. Aug. Der Vorsitzende des Banker'sauschusses für Stillhaltkredite, Joadhue, gab heute offiziell bekannt, daß der Zinssatz für kurzfristige Kredite an Deutschland von 6 Prozent auf 5 Prozent gesenkt worden sei. Dieser Grundzins gelte für Vorkaufschüsse und befristete Kredite, während Akzeptkredite zu einem Satz von 4 1/2 Prozent an Banken und 5 1/2 Prozent an andere Kreditnehmer gegeben werden. Die neuen Sätze, auf die man sich mit den deutschen Banken geeinigt hat, werden am 1. September in Kraft treten.



Die Berliner Presse zum neuen Wirtschaftsprogramm

Berlin, 29. Aug. (Eig. Meldung.) Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung findet heute bei der Berliner Abendpresse große Beachtung, sei es, daß sie, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Programm an führender Stelle des Blattes unkommentiert wiedergibt, sei es, daß sie es mehr oder weniger ausführlich bespricht. Restlose Zustimmung findet das Programm freilich kaum.

Der „Volkswächter“ will der Reichsregierung in mehrfacher Beziehung ein psychologisches Verständnis nicht absprechen und die Pläne der Regierung als Ankurbelungsprogramm durchaus gelten lassen, sagt dann aber weiter: Sehr vieles in den geistigen Ausführungen v. Papens ist noch unklar, und man ist auf die Durchführungsbestimmungen gespannt. Man darf erwarten, daß die Stärkung des Binnenmarktes durch entsprechende Einfuhrmaßnahmen ergänzt und daß auch die Regelung sehr dringender Agrarfragen, vor allem auch die Frage der Schulden, nicht auf die lange Bank geschoben wird.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt über die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms: Daß in der ganzen Regelung dieses Projektes starke Anreize für Individualwirtschaftliche Initiative liegen, ist ohne Zweifel. Wenn deren Erfolg sich begegnet mit Erfolgen auf dem Gebiete der vom Kanzler angeführten Verwaltungsreform, mit der Drosteletariat, so könnten in der Tat die Voraussetzungen gegeben sein für einen Wiederaufstieg der Wirtschaft, von dem dann hoffentlich ihr notleidender Teil, die Landwirtschaft, nicht erst zuletzt profitiert.

Die „Deutsche Zeitung“ bezeichnet die Verluste, die Herr v. Papen jetzt macht, als ungeheurer gebrechlich. Schloßen sie fehl, so sagt das Blatt, dann ist die private Wirtschaft verloren. Das sollte der Reichsverband bedenken und die Binnenmarktpolitik des Herrn v. Papen nicht fördern.

Die „Germania“ findet, daß auch nach der Rede des Reichsfinanzlers über die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung in den nächsten 12 Monaten noch zahlreiche Fragen und Zweifel bleiben, die im Interesse der Wiederverkehr des Vertrauens so bald wie möglich ausgeräumt werden müßten. Diese Unsicherheit ist, so heißt es weiter, umso bedauerlicher, als auch über die politischen Absichten, Wege und Ziele der jetzigen Reichsregierung keine genügende Klarheit besteht und die Wirtschaft daher weiter, wie bisher, im Dunkeln darüber tappt, was nun in Zukunft geschehen wird.

Das „Berliner Tageblatt“ findet im Politischen Widerspruch auf Widerspruch in der Rede des Kanzlers und sagt: Mit solchen Widersprüchen ist auf die Dauer keine gradlinige Staatsführung möglich, vollends, wenn man sich so große Aufgaben stellt, wie mit dem Wirtschaftsprogramm und der gleichzeitigen angekündigten Verwaltungsreform. Keinesfalls wird durch solche politische Experimente das Vertrauen der Wirtschaft auf die Stetigkeit des Kurses — mag er nach links oder nach rechts gehen — gefördert, und auch dem Auslande gegenüber drückt die Regierung ihre Aktionsfähigkeit künstlich herab, wenn sie alle politischen Kräfte im Lande gegen sich mobilisiert und nur die Bajonette der bewaffneten Macht hinter sich hat.

Die nationalsozialistische „Nationalpost“ wendet sich gegen die Verisierung des Kanzlers in einem Interview mit einem Redaktionsmitglied der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, er habe mit seinen Vorschlägen auch einen Teil der Wünsche und Forderungen der NSDAP erfüllt, und bezeichnet diese Ansicht als einen Irrtum. Denn die Pläne des Kanzlers liegen auf eine Arbeitsbeschaffung hinaus, nicht auf die von den Nationalsozialisten geforderte neue Wertschöpfung. Eine Welle des Unmutes werde durch das Volk gehen, wenn man versuche, diese teilweise noch ganz unklar formulierten und häufig geradezu unausgegoren anmutenden Ideen Papens in die Tat umzusetzen. Es werde wohl keinen Menschen in Deutschland geben, der nach dieser Rede die Ueberzeugung habe, es könne von dem System Papen unserem Vaterlande die Rettung kommen.

Auch der sozialdemokratische „Abend“ lehnt das Programm der Regierung scharf ab und nennt es ein Programm des Verfassungsbruchs, das dem Volk nicht mit Gewalt aufgesteckt werden dürfe. Diese Pläne, so heißt es in dem Blatt weiter, sind der Volkswirtschaft des Großkapitals, sie stellen den Versuch dar, einem Volk, das um seine Rettung nicht gefragt wird, eine Reform der Wirtschaft aufzuzwingen. Je weiter dieser Versuch fortschreitet, desto gewisser werden die Klassenkämpfe in Deutschland von dem Boden der Legalität abgedrängt werden. Wer zuletzt diktiert, diktiert am besten! Die Rede des Reichskanzlers hat gezeigt, wie weit die Zerschlagung der Verfassung bereits fortgeschritten ist.

England u. die deutsche Rüstungsforderung

Die englische Meldung über die Stellungnahme Englands zum deutschen Anspruch auf Rüstungsgleichheit hat in Deutschland die gebührende Beachtung gefunden und auch die gebührende Würdigung. Daß die englische Regierung sich über kurz oder lang dazu befehlen lassen würde, die Forderung Deutschlands auf Gleichberechtigung in seiner Wehrhaftigkeit anzuerkennen, war zu erwarten, die Regierung gibt damit ganz einfach dem Druck der Volksmeinung nach. Daß englische Volk würde seine Regierung nicht verstehen, wenn sie die Abrüstungskonferenz scheitern lassen würde, ohne sich zum mindesten auf die Seite des unzweifelhaften Rechts gestellt zu haben. Mit dieser Feststellung ist auch schon die politische Bedeutung der Stellungnahme des englischen Auswärtigen Amtes erklärt: England sucht eine moralische Rückendeckung für den Fall des endgültigen Scheiterns der Abrüstungskonferenz und macht gleichzeitig den Versuch, das drohende Ende der Konferenz hinauszuschieben.

Für Deutschland bedeutet die Stellungnahme der englischen Regierung einen moralischen Gewinn, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Deutschland hat in seinem Kampf um Gleichberechtigung keinen Bundes- und Kampfgenossen gewonnen, es darf nur sicher sein, daß die Gefahr einer Isolierung abgewendet ist, wenn sich die deutsch-französischen Auseinandersetzungen zwischen werden. Die englische Regierung dürfte sich sehr wohl, irgendwie die deutsch-französische Frage zu berühren, sie stellt sich nur abseits und schiebt die Verantwortung für den weiteren Verlauf der Abrüstungskonferenz auf die Schültern Deutschlands und Frankreichs. Auf die Schültern Frankreichs insofern, als es die Berechtigung der deutschen Forderung anerkennt, auf die Schültern Deutschlands insofern, als England zur Geduld mahnt und davor warnt, die Dinge über's Knie zu brechen.

So ist der ehrliche Ratler Macdonald, dessen Politik immer darauf hinausläuft, Del auf die aufgeweichten Bögen zu geben, beruhigend zu wirken, über die Forderungen der Stunde hinwegzuleiten mit dem Trost auf die Zukunft. In Berlin ist man jedoch der Auffassung, daß Deutschland schon zu lange Geduld geübt hat und für längeres Warten keine Zeit mehr ist, ja, daß heute der richtige Zeitpunkt gekommen ist, sich mit Frankreich darüber auseinanderzusetzen, ob es die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung anerkennen will. Dreizehn Jahre lang wartet Deutschland darauf und dreizehn Jahre lang hat es Jahr für Jahr Enttäuschungen hinnehmen müssen, ohne das geringste Anzeichen dafür zu finden, daß die Zeit Frankreich tolerant machen würde. Im Gegenteil, als Reichswehrminister Schleicher die deutsche Forderung anmeldete, antwortete Frankreich, daß es niemals eine Rüstungsgleichheit billigen würde, daß Frankreich immer militärisch stärker sein müßte als Deutschland. Die Zeit des Wartens ist vorbei und Deutschland wird volle Klarheit schaffen, bevor die Verhandlungen in Genf wieder beginnen.

Kriegserfindung gegen den Krieg?

Die Reise des amerikanischen Generalstabschefs Mac O'Arthur nach Polen und den Randstaaten findet in militärischen Kreisen dieser Länder starke Beachtung, denn in diesen Kreisen bringt man die Reise mit der Tatsache in Verbindung,

Morgen beginnt unser neuer Roman

Die Eisenbauern

Roman von Rudolf Ulich

(Copyright 1931 by Verlag Alfred Bockhold in Preussisch-Weich)

Der junge rheinische Erzähler Rudolf Ulich in kurzer Zeit sich einen Platz in der Reihe gelesester Autoren gesichert hat, bringt hier einen neuen volkstümlichen Roman von Universalität, Lebenskraft und Gefühlswärme. Von Eisenbauern aus dem Siegel erzählt er, von Männern voll Kraft und unerschütterlicher Arbeitsfreude, von Männern, die mit ihrem ganzen Herzen an der Heimat, am Berg und Düttenleben hängen, die Landwirte, Düttenbesitzer und Bergleute zugleich sind. Aber auch in ihr Leben treten Demutungen — Lebens- und heimatstreu Jugend wird Feind dem reifen Weisheitsalter — um der Liebe willen. Irreguläre Leidenschaft unterliegt im Kampf mit dem Bösen, über das Kraft und Herzengröße schließlich siegen. — Spannend, mitreißend, erschütternd und erbebend zugleich ist dieser lebensvolle Roman aus dem siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts, in denen es auch galt, aber Notzeit und Krieg hinweg, aufwärts zu kommen, zum Heile unseres deutschen Volkes.

Standarten im Nebel

Roman von Herbert W. Fredericksdorf

Copyright by Carl Dunder Verlag, Berlin W. 62.

Schlaf

Ihiele steht in dienstlicher Haltung, kann nicht umhin, zu sehen, wie viel grauer das Haar des Generals in den wenigen Wochen wurde, berichtet kurz und knapp:

„Die Verhältnisse haben Euer Erzählen recht gegeben, Seine Majestät haben, da man einen Ueberfall der Franzosen auf Berlin befürchten mußte, Höchstihre Residenz nach Breslau verlegt, ich habe keine Befehle an Euer Erzählen zu überbringen!“

Das bedeutet: freie Hand! Das heißt: endliche Einsicht! Das will sagen: Preußen steht auf!

York entsäht den Adjutanten, atmet tief, holt Luft wie einer, der am Ertrinken war und ins Freie kommt.

Ganz Königsberg summt wie ein Bienenstich. In den letzten vierundzwanzig Stunden sind aus allen Teilen der Provinz die Abgeordneten des Landtages ankommen, manche von überänglichen Städten und Res manchen Vorbehalten, aber sie sind alle da, um merallanbiag eröffnen zu helfen, dessen Thema heißt:

Beschlußfassung über Errichtung eines Landsturmes und einer Landwehr.

Seit dem 23. Januar hatte sich Yorks Korps der Armees Wittgenstein folgend, in kleinen Märschen nach Elbing in Bewegung gesetzt, und der General und einige Adjutanten sind noch in Königsberg.

Stunden vor der Eröffnung des Landtages kommt es noch einmal zum Zusammenstoß zwischen dem General vom Stein, der York halbheiten vorwirft. Nach einer erregten Szene kührt York aus dem Zimmer.

Die Versammlung erhebt sich, als zu Beginn der Tagung ein Gebet gesprochen wird. Unter den Zuhörern

sehen Friedrich und Eva, bliden in höchster Erregung nach der Tür, durch die logisch York eintreten muß.

Die Führer erscheinen, ein Mann neben Eva nennt seine ihre Namen, York ist noch nicht da. Man sieht sich, wartet eine Minute, drei — da öffnet sich die Tür, der General tritt rasch ein, geht auf Stein zu und reißt ihm beide Hände.

In dieser Sekunde bricht donnernder Beifall los, das Echo der Heilrufe prasselt von den Wänden wie Gewehrfener, wie das Tosen einer Schlacht, und wahrhaftig, es ist eine Schlacht, die in diesem Augenblick geschlagen und gewonnen wird, der Kampf um den Willen der Nation, frei zu sein, allen persönlichen Haber zu vergessen und hinzuzustellen um des großen Zieles willen, die Freiheit, die Freiheit wird begrüßt, die Freiheit, die man sich heute und morgen und für alle Zukunft erkämpfen will!

General York und Freiherr vom Stein stehen nebeneinander, als die Volkshast verlesen wird, stimmen nebeneinander, als die ersten Entschlüsseungen gefaßt werden.

Eva hat Tränen in den Augen, als sie ohne Wort und doch bereit, Friedrichs Arm umklammert:

„Dieser Tag, Fritz, dies ist die Geburt einer neuen Zeit, und wir sind dabei, ich bin dabei!“

Als York aus dem Landtag kommt, umdrängen ihn Hunderte, die ihm jubeln — er reißt still wie stets, mit zusammengepresstem Mund und ernsten Augen, die in weite Fernen zu späten scheinen, vorwärts. Er sieht niemand, er hat auch Eva und Friedrich nicht bemerkt, die am Wege stehen und winken, bis er verschwindet.

Aber als Friedrich sich bei dem Major Seydlitz meldet, um, wenn möglich, seine Kompanie zu übernehmen, bittet ihn der Adjutant, einen Augenblick zu warten, der General sei in seinem Zimmer — kommt kurz darauf zurück:

„Erzählen von York wünschen Sie zu empfangen, Herr Hauptmann!“

Friedrich Hardelew steht vor York, der aufgestanden ist und ihn mit ersten Augen mustert, ehe er langsam spricht:

daß die Russen vor einigen Wochen in den Besitz einer wichtigen Kriegserfindung gekommen sind. Es handelt sich dabei um die zunächst phantastisch anmutende Arbeit des amerikanischen Ingenieurs Barlow, der sich im Kriege bereits einen Namen als Erfinder der „Lebensbombe“ gemacht hat, mit denen die deutschen Unterseeboote in den letzten Monaten des Krieges bekämpft wurden. Barlow soll es angeblich gelungen sein, eine Kombination von neuen Kriegswaffen zu konstruieren, mit der man von einer Zentralfeste aus feindliche Städte in einem Umkreis von 1500 Kilometern innerhalb von wenigen Stunden nach Kriegsausbruch mit mathematischer Sicherheit zerstören könne.

Natürlich hat man von Erfindern derartige Behauptungen schon häufig gehört und diese Behauptungen haben sich meistens in nichts aufgelöst. Aber der Fall Barlow liegt anders. Barlow hat seine Pläne dem russischen Generalstab vorgetragen und einer größeren Kommission von russischen Technikern und Militärs in dreiwöchiger Arbeit seine Pläne und Berechnungen vorgeführt. Dabei soll Barlow zur Bedingung gemacht haben, daß Rußland seine Erfindung dem Völkerverbund unterbreite, wenn die Nachprüfung ergeben sollte, daß er tatsächlich das entscheidende Kriegsmittel der Zukunft entdeckt haben sollte.

Barlow glaubt nämlich, daß seine Erfindung jeden Zukunftskrieg abzurufen führt und daß deswegen vollständige Abrüstung das einzige Gehebe ist. Er will nicht, daß seine Erfindung für den Ernstfall ausgenutzt wird, sondern er will durch sie gerade die Abschaffung aller Rüstungen erzwingen. Die Russen sollen ihm nach der Prüfung zugesagt haben, daß sie bei Wiederauftritt der Genfer Abrüstungskommission im Februar nächsten Jahres die Pläne vorlegen und die entsprechenden Urträge stellen werden. Da also im Augenblick Rußland als einzige Macht der Welt im Besitz der Erfindung ist, könnte es verständlich sein, wenn der amerikanische Generalstabschef mit den Russen Fühlung findet.

Dies ist denn auch die Begründung, die man in militärischen Kreisen der Randstaaten der Reise Mac O'Arturs unterlegt.

Newport, 28. Aug. Barlow ist aus Rußland zurückgekehrt. Es bestätigt sich, daß die Russen die Maschine im Februar nächsten Jahres der Genfer Weltabrüstungskonferenz vorführen wollen, nur haben sie die Bedingung gestellt, daß Barlow auch den amerikanischen Präsidenten vorher einweise und von ihm Unterstützung der russischen Haltung in Genf erbitte.

Was es mit dieser Maschine auf sich hat, läßt sich nicht sagen, da der Erfinder sich darüber in Schweigen hüllt. Er hat früher einmal Mitteilungen dahin gemacht, daß es sich um eine Kombination von fernlenkbarem Fliegensatz oder Rakete mit Bomben handelt, die beide mit einem alles zerstörenden Brennstoff angefüllt sind. Offenbar handelt es sich dabei um eine Verbesserung des liegenden Torpedos, das Barlow bereits im Jahre 1918 der amerikanischen Regierung als Waffe anbot, um Berlin damit innerhalb von 21 Stunden dem Erdboden gleichzumachen.

Soll Oesterreich geprellt werden?

Ein Wiener Blatt teilt mit, daß die Völkerverbandsanklage für Oesterreich nicht vor Ende dieses Jahres oder Anfang des nächsten Jahres zu erwarten sei, da die Genfer Komanduna erst nach dem Zusammentritt der Parlamente angenommen werden könne. Außerdem müsse wahrscheinlich mit einer geringeren Summe als den veranschlagten 300 Millionen Zehlingen gerechnet werden. Der englische Anteil von 100 Millionen gelange womöglich gar nicht zur Gränzfion.

Das diese also soviel, daß die Franzosen sich zuerst die Zustimmung geben lassen, daß Oesterreich für längere Zeit in den Anstich verzieht. Um dem Gegenwert, die Millionenanklage, wird nun Oesterreich möglicherweise geprellt. Sollte Frankreich dies tatsächlich beabsichtigen, dann hätte es den Vertrag nicht erfüllt und die Bindung Oesterreichs wäre damit ebenfalls hinfällig.

Politische Zusammenstöße in Mecklenburg

Waldin, 30. Aug. Zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten kam es nachts in Verden am Cummmersee-See, nachdem es nachmittags bereits zu Reibereien zwischen einem Nationalsozialisten und einem Reichsbannermann gekommen war. Als die Nationalsozialisten einen Kameraden bedrängten, erfolgte ein heftiger Zusammenstoß. Als Waffen wurden Peile, Messer und Knüttel benützt. Der SA-Führer Voder am Verden wurde durch Beiliebe am Kopf und an beiden Schültern verwundet, gleichfalls ein SA-Mann durch Schläge auf den Kopf und Oberarm. Ebenfalls schwer verletzt wurde der Reichsbannerführer Vierh aus Verden.

„Ich habe ein wenig Angst gehabt, Hardelew. Sie kamen mit von zu weit her — ich kenne das — man gewöhnt sich dann schlecht an die kleinen Verhältnisse daheim. Ich wußte auch nicht, ob Eva — aber das ist jetzt vorbei, mein Sohn! Ich freue mich, daß ich Ihnen eine Kompanie geben kann, Ihre Leute schwören auf Sie — sollen es auch immer tun. Hardelew, es wird keine leichte Zeit geben! Wird anders sein als Kämpfe im Busch — länger dauern, härter sein. Man wird verdammt viel Geduld von uns verlangen. — Gib mir deine Hand, mein Sohn! Mach mit Eva glücklich. Junge, es ist kein Vergnügen für eine Frau, ihren Mann im Feld zu wissen. Und nur, wenn der Kampf rein erhalten wird, das große Ziel niemals vergessen wird — nur dann soll man es wagen, freiwillig wagen, Friedrich!“

Er fällt in seinen gewöhnlichen Ton: „Ihr eßt heute Abend bei mir — dann werden wir vom Nächsten reden. Ich glaube, ich muß wegen des Aufgebots mit euch sprechen, nicht wahr?“

Der Winternebel hebt sich über der Stadt, die Standarten und Fahnen des festlich geschmückten Königsbergs tauchen aus dem Dunst — der auffrischende Wind läßt sie flattern und weit wehen.

Eva und Friedrich gehen langsam durch die Stadt — himmelhoch über ihnen hängt ein Seandler in der Luft und zieht in mächtigen Bogen und Kreisen nach Westen.

— Ende —

„Das Geld können Sie vom Wohlfahrtsamt abholen!“ In einem Konfektionswarenhause in Bochum erchien ein junger Mann, um einen Anzug zu kaufen. Nachdem er sich einen solchen zum Preise von 20 Mark ausgesucht hatte, zog er hiervon Jacks und Wäsche an. Die neue Hofe nahm er unter den Arm und gab dem Geschäftsmann seine Stempelforte ab mit der Erklärung, das Geld könne er sich wöchentlich vom Wohlfahrtsamt abholen. Da der Mann sich weigerte, die Sachen wieder auszugeben, wurde ein Polizeibeamter geholt. Erst als ein zweiter Beamter herbeigerufen worden war, konnte man dem Manne den Anzug wieder abnehmen und ihn vorläufig festnehmen.



Aus Stadt und Land

Nachdruck der Lokalberichte ohne Quellenangabe unterliegt

Wetterbericht. Kleine über dem Kontinent befindliche Störungen geben zu Bewölkungen Anlass. Für Mittwoch und Donnerstag ist zeitweise besseres und vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Calmbach, 2. Aug. (Aus dem Gemeinderat.) Von dem Vertrag der Amtsvorwaltung über die Ausführung einer Fortführung der Kleinenzalstraße mit der Firma H. Beckmann Nachf., Teer-Abfall-Strahenb., Kirchheim-Polanden (Wals), und den besonderen Bedingungen nimmt der Gemeinderat Kenntnis und beschließt die Ausführung der Fortführung in derselben Weise. Vorausschlagsmäßig betragen die Baukosten 300.— RM für die Ertragsstreifen, die Höhe der Staatsbeiträge hierzu ist noch nicht bekannt. Mit den Arbeiten wurde bereits begonnen, nach Fertigstellung wird die Kleinenzalstraße von der Einmündung der Straße Nr. 10 bis zum Ertr. Calmbach in den Staatsstraßenverband übernommen. Dagegen hat die Gemeinde eine kurze Strecke der Staatsstraße Nr. 102 zu übernehmen, auch scheidet die jenseitige Ertragsstraße von der Ertragsgrenze gegen Calw bis zum Rathaus und von da bis zur Eingebäude als Ertragsstraße dann aus. — Die Verhandlung der Staatsstraßenverwaltung mit den beteiligten Grundeigentümern wegen Ankaufes — Erweiterung — der Staatsstraße Nr. 109 — Ertragsstraße — waren leider bis jetzt noch ohne Erfolg. Wenn die Grundeigentümer nicht doch noch Entgegenkommen zeigen, muß die Erweiterung der Straße unterbleiben, so bedauerlich dies im Hinblick auf die große Zahl der Arbeitslosen auch ist. — Der Gemeinderat erhebt gegen ein Verleihungsvertrag zur Wasserentnahme aus der kleinen Cuz bei der Dorfgräben keine Einwendungen. — Das Gesuch des Gemeindeführers Müller um Zurücksetzung auf den Ablauf des 31. Oktober 1932 aus Gesundheitsrücksichten wird genehmigt. — Nach Erledigung einer größeren Anzahl sonstiger Verwaltungssachen, einer Aufnahme in das Nutzungsbücherverzeichnis, einer Kärzergelde und einer Grundstücksabgabe in nicht-öffentlicher Sitzung war die Sitzung am 1/10 Uhr beendet.

Dem September entgegen

Langsam verfärbt sich des scheidenden Sommers grünes Gewand, wenn es mit dem Jahr in den September geht. Wo das Auge blickt, sieht es faule Stoppelnbüden auf abgeernteten Getreidefeldern und nur zwischenbüden reifen die später angebauten Verdichtgewächse. Die Weide blüht. In den Doppelfeldern ist doch schon im Juni, eine Arbeit, die rasch gemacht werden muß, damit die Weide der Dolden nicht durch Ueberweide leidet. Die Hauptarbeit im September ist aber die Obst-ernte. Pfannkuchen, Pfirsich, Herbstbirnen und Herbstäpfel haben, beschleunigt durch die warmen Tage im August, ihre Reife erreicht und Jung und Alt ist tagsüber in den Obstgärten, den Spalieranlagen und an den Straßen mit Obstschälern beschäftigt und sammelt die saftigen Früchte in die Körbe. Mehr und mehr verlagern sich die Tage und der Spätsommer setzt ein. Dünstiger werden dann die Nebelschleier, die in den Morgenstunden schwer am Boden liegen, merklich kommt der Herbst herangeschritten. In dem Gesang der buntdroschener Vögel, unserer Heimvögel in den Wäldern, kommen Wälder. Es sind die Tage gekommen, wo nach wochenlangen Probeflügen die Gockelwelt sich in größeren Scharen versammelt, um die alljährliche Wanderung in die wärmeren Gegenden weit über dem Meer anzutreten. An Maria Geburt (8. September) liegen die Schwärme furt' heißt es in einem alten Bauernspruch. Mit einem eigenartigen Gefühl läßt sich der munteren treuen Gockel, die uns den Sommer über durch ihr Lied erfreut haben, nach und wünschen: „Kommt ihr nächstes Jahr zurück, bringt uns wieder neues Glück!“

Herbstverkehr auf der Reichsbahn

Die Reichsbahndirektion Stuttgart gibt für den bevorstehenden Herbstverkehr folgende wichtige Bestimmungen und Ratsschlüsse bekannt:

1. Beim Versand von Kartoffeln und Rostobst als Stückgut ist eine dauerhafte und deutliche Bezeichnung der Sache unerlässlich. Am zweckmäßigsten ist die Bezeichnung mit der vollen Anschrift des Empfängers. Einmalige Eigentumszeichen der Sache müssen im Frachtbrief auch dann angegeben werden, wenn die Sache mit der Anschrift des Empfängers versehen werden. Die Bezeichnung muß nach den Tarifbestimmungen auf einem am Kopfe des Sackes haltbar befestigten Anhänger aus widerstandsfähigem Stoff angebracht werden, der den von der Eisenbahn festgesetzten Bedingungen entspricht. Es empfiehlt sich, außerdem in die Sache selbst einen Zettel mit der Anschrift des Empfängers zu legen, damit auch bei Verlust der Anhänger die richtige Beförderung und Auslieferung der Sendungen gesichert ist. Anhänger sind bei den Güterabfertigungen käuflich.

2. Beim Versand von leeren und vollen Wein- und Rostobst ist folgendes zu beachten: Damit die Fässer nicht verweicht oder verschleppert werden, sollen sie an einer, möglichst aber an beiden Bodenenden mit weicher Oelfarbe bestrichen sein. Ganz unerlässlich ist die deutliche und haltbare Bezeichnung des Versands- und Bestimmungsabwands, die zweckmäßigweise gleichfalls an beiden Bodenenden angebracht werden sollte. Werden die Fässer außer mit der angegebenen oder eingetragenen Bezeichnung noch mit einer anderen Bezeichnung (durch Beschriftung) versehen, so müssen im Frachtbrief beide Bezeichnungen angegeben werden.

Besondere Beachtung wird den Absendern für die Auswahl der Rostobst (Wärfunden) empfohlen. Die Wärfunden und die oberen Antiländer der Rostobst sollen so weit sein, daß sich bei eintretender Wärme keine Trester und Kerne festsetzen können. Infolge Verstopfung der Rostobst werden die Fässer nicht selten geplatzt; für den hieraus erwachsenden Schaden haftet die Eisenbahn nicht. Bei Fässern bis zu 300 Liter Fassungsvermögen empfiehlt es sich, die Rostobst nicht im Spandloch sondern im Jabloch (Boden) anzubringen, damit die Fässer aufrecht liegend verladen werden können.

3. Bei Stückgutensendungen, hauptsächlich bei Kartoffeln und Obst nach Stuttgart soll zur Vermeidung von Verschleudungen der Bestimmungsabwand (Stuttgart Obst, Stuttgart Obst, Stuttgart-Garnstadt, Stuttgart-Münster, Stuttgart-Untertürkheim, Stuttgart-Oberürkheim, Stuttgart-Zuffenhausen) sowohl auf den Frachtbriefen als namentlich auf den Stücken deutlich angegeben sein. Außerdem ist bei Sendungen — auch bei bahnlagernd gehalten — nach größeren Städten, insbesondere nach Stuttgart, die Angabe der Wohnung des Empfängers (Straße und Hausnummer) nötig.

4. Den Empfängern, die ihre Kartoffel- und Obstsendungen auf dem Bestimmungsabwand selbst abholen wollen, wird empfohlen, dafür zu sorgen, daß der Absender im Frachtbrief den Vermerk „bahnlagernd“ anbringt, andernfalls können die Empfänger nicht damit rechnen, daß ihrem Antrag auf Selbstabholung entsprochen wird.

5. Es ist nicht genügend bekannt, daß die für frisches Stein- und Rostobst (ausgenommen Südtüpfel und Weintrauben) bestehenden billigen Tarife nur angewendet werden können, wenn der Inhalt im Frachtbrief mit der tarifmäßigen Bezeichnung angegeben ist. Vieles tragen die Frachtbriefe diesbezüglich nicht genügende Inhaltsangabe „Obst“, „frisches Obst“.

„Rostobst“ oder „Tafelobst“. Die Abfertigungen sind zwar angemessen, die Absender, wenn möglich, anzuführen und zur Ergänzung der Inhaltsangabe zu veranlassen. Das Abfertigungsgeschäft wird jedoch hierdurch erschwert. Den Absendern von frischem Obst wird deshalb dringend empfohlen, die Sendungen im Frachtbrief mit der im Tarif gebrauchten Bezeichnung zu versehen, nämlich „frisches Steinobst“ oder „frisches Kernobst“ oder „frische Äpfel“, „frische Birnen“, „frische Zwetschgen“ usw. So bezeichnete Sendungen werden bei Aufgabe als Gültigkeit zu den gewöhnlichen Frachtgut-tarifen befördert. Ist das Obst zur Verwendung im Deutschen Reich bestimmt, so werden bei Aufgabe als Gültigkeit die noch weiter ermäßigten Sätze des sogenannten Rottarifs angewendet, wenn der obengenannten tarifmäßigen Inhaltsangabe im Frachtbrief der Zusatz beigefügt wird: „Zur Verwendung im Deutschen Reich“.

Frische Kartoffeln, die zur Verwendung im Deutschen Reich bestimmt sind, werden bei Aufgabe als Frachtgut zu einem besonders billigen Ausnahmestufe befördert, wenn sie im Frachtbrief als „frische Kartoffeln zur Verwendung im Deutschen Reich“ bezeichnet sind.

6. Die Fracht für frisches Obst (auch in Wagenladungen) muß nach dem Tarif im allgemeinen bei Aufgabe in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 30. April vom Absender vorausbezahlt werden. Die Güterabfertigungen sind jedoch ermächtigt, gegen Hinterlegung einer Sicherheit, bei bekannten Absendern auch ohne Sicherheit, die Ueberweisung der Fracht auf den Empfänger zuzulassen, wenn schnelle Verkäufe nicht zu befürchten sind und der Wert des Obstes die voraussichtlich anfallenden Fracht- und sonstigen Kosten sicher deckt.

Württemberg

Stuttgart, 29. Aug. (Umhau des Charlottenplatzes.) Die Technische Abteilung des Gemeinderats beschloß heute zur Besserung der Verkehrsverhältnisse den Charlottenplatz umzubauen. Die neue Platzanlage soll unter Opferung einiger Bäume und Entfernung des Holzschlösschens vorbereitet werden. Die Eiche Charlotten- und Neckarstraße am Garten des Wilhelmplatzes abgeräumt werden. Ferner soll in dieser Ecke ein Straßenzugangs eingestrichelt werden, um zur Entlastung des Schloßplatzes einige Straßenzugangs direkt von der Charlottenstraße zur Neckarstraße führen zu können.

Heilbronn, 29. August. (Lebensrettung.) Ein junger Mann, 21 Jahre alt, sollte am Freitag mit einem 12jährigen Jungen auf dem Rücken das andere Ufer erreichen. In der Mitte des Rhears verließen den Schwimmer jedoch die Kräfte und beide kamen in die Gefahr des Ertrinkens. Dem 3. St. in Urlaub von der Sporthochschule Berlin hier weilenden Sportstudenten Albert Schreiber und dem erwerbslosen Theo Schönbart gelang es jedoch, beide zu retten.

Neuchâtel, 29. Aug. (Gossergistung im Benzinschacht.) Am Freitag vormittag erlitt bei Arbeiten in einem Benzinschacht ein Arbeiter eine starke Gossergistung. Obenstehende Arbeiter bemerkten am Seil, an dem der Arbeiter befestigt war, daß es nachgab. Als sie danach schauten, war der unten Beschäftigte schon bewußlos. Durch Wiederbelebungsoberfläche konnte der Arbeiter nach längerer Zeit wieder zum Bewußtsein gebracht werden.

Esslingen, 29. Aug. (Billigeres Brot.) Mit Wirkung von heute hat auch die Bäckerei Esslingen und Bezirk die Brotpreise um durchschnittlich 3 Kop. pro Kilo herabgesetzt.

Keutlingen, 29. August. (Brotpreissenkung.) Wie die Freie Bäckerei Keutlingen mitteilt, werden die Brotpreise, entsprechend dem Vorgehen der Bäckerei Stuttgart, mit Wirkung vom 29. August ab gesenkt.

Ulm, 29. Aug. (Wie in Ulm für Turnen und Sport gesorgt ist.) Für die Turn- und Sportbetätigung der Vereine und Schulen stehen in Ulm insgesamt 240.000 qm Fläche zur Verfügung. 103.100 qm davon gehören dem Staat bezw. anderen Körperschaften öffentlichen Rechts, 33.100 qm sind in städtischem Besitz. Bei den 13 Turnhallen mit zusammen 8000 qm entfallen auf die Stadt 8, auf den Staat 3, auf Vereine 2. Die vier größten Turnplätze weisen auf 57.000 qm auf.

Ulm, 29. Aug. (Der Ball ist schuld.) Bei einem Fußballspiel auf dem Sportplatz beim Lehenfeld sprang ein Ball auf die nahegelegene Staatsstraße Ulm-Geislingen. Ein junger Mann aus Geislingen rannte dem Ball nach. Im selben Augenblick kam ein Ulmer Motorrad daher. Wollt insoweit zu starken Bremsen stützte der Motorradfahrer, der etwa 25 Jahre alte ledige Schreiner Otto Böhle, sowie seine Beifahrerin. Böhle erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß er nach kurzer Zeit starb; seine Beifahrerin trug einen schweren Schädelbruch davon und der junge Mann aus Geislingen einen Beinbruch. In die Gefürzten hinein fuhr ferner noch ein weiterer Motorradfahrer aus Hall, der jedoch mit leichten Fußverletzungen davonkam.

Biberach, 29. Aug. (Schwerer Verkehrsunfall.) An der gleichen Stelle, wo vor etwa 8 Wochen sich ein schwerer Unfall ereignete, erfolgte heute nachmittags erneut ein schwerer Zusammenstoß zweier Fahrzeuge. In einem Zweiflügel-Doppel fuhr ein Herr aus Ulm stadtauswärts im schnellen Tempo auf der geraden überhöhten Landstraße, als plötzlich aus der Einfahrt bei der Diermehlschleife der Lieferwagen eines Landwirts herausfuhr. Ein Zusammenstoß war unvermeidlich. Der Privatwagen wurde umgelegt und der Fahrer herausgeschleudert. Er erlitt am Kopf eine stark blutende Wunde und schwere innere Verletzungen. Der Wagen wurde zerrümmert. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Biberach, 29. Aug. (Schuß gegen ein Auto.) Auf der Staatsstraße von Laupheim nach Balingen fuhr ein Fernverkehrsautobus und ließ trotz längerem Signal einen Personenkraftwagen nicht vorfahren. Als es dem Personenkraftwagen endlich gelang, vorzukommen, koppelte er durch Querstellen seines Wagens den Lastwagen und wollte dem Fahrer sein fahrdienliches Verhalten vorhalten. Ein Zusammenstoß war nicht zu vermeiden, wobei der Fahrer des Lastwagens verletzt wurde. Der Chauffeur des Lastwagens schloß auf den Personenkraftwagen, in dem sich Generalkonsul Dr. Wagner-Stuttgart befand, und beschädigte die Motorhaube. Auf der Volkswache in Biberach wurde Anzeige erstattet und der genaue Zeit später kommende Lastwagen, der abgeholt werden mußte, wurde hier angehalten. Dem Chauffeur, der aus Balingen stammt, wurde die Wäsche abgenommen. Er steht einer empfindlichen Bestrafung entgegen.

Oberdorf, 29. Aug. (Die „Jägerovilla“ abgebrannt.) Oberdorf ist wieder um eine kleine Ortschaft reicher. Am Freitagabend brannte die vor kurzem von den zugezogenen Jägern erbaute Villa, die als Herzhofen auf der Höhe waren, vollständig nieder. Es ragen nur noch die vier Eckpfosten in die Höhe. Die ganze „Annenreihung“, die aus einem alten Ofen und einem kleinen Brettervorrat bestand, ist mitverbrannt. Als Brandursache kann nur Brandstiftung in Frage kommen. Ueber die Urheberhaft des Brandes gehen die Meinungen nach zwei Richtungen.

Ravensburg, 29. Aug. (Ein viertes Todesopfer des Unglücks von Mals.) Nun hat das schwere Autounglück von Mals noch ein viertes Todesopfer gefordert. In den Morgenstunden des Samstags ist Frau Hedwig Bucher-Ravensburg, Gattin des ebenfalls tödlich verunglückten Prokuristen Hermann Bucher, ihren schweren Verletzungen im städt. Krankenhaus zu Meran erlegen. Nun hat sich doch das grausame Schicksal erfüllt, das der Vater, dann die Mutter erlitten hat. Dieser Fall ist ganz besonders tragisch. Inzwischen sind die Leichen der tödlich Verunglückten von der Staatsanwaltschaft freigegeben und ihre Ueberführung nach Deutschland von der Rottländer Oberbehörde gestattet worden. Sie werden mit einem Auto eines Meraner Beerdigungsinstituts nach Ravensburg gebracht.

Kleine Anfragen

Die Kleine Anfrage der Abgeordneten Kling und Geyssen, betr. Binnensiedlung in Württemberg, hat das Wirtschaftsministerium wie folgt beantwortet:

Ob und inwieweit eine planmäßige Binnensiedlung in Württemberg betrieben werden kann, ist zweifelhaft und unterliegt zur Zeit noch eingehender Prüfung durch die beteiligten Stellen. Als feststehend kann jetzt schon angesehen werden, daß die Schaffung von Siedlerstellen als Anlieger-siedlungen in Württemberg nicht in Frage kommen wird. Auch die Rückführung wird voraussichtlich kaum nennenswerten Umfang annehmen können, da — abgesehen von anderen Gründen — die erforderlichen Landflächen nicht zur Verfügung stehen.

Die Kleine Anfrage der Abgeordneten Stoos und Geyssen, betr. Befreiung der Binnensiedler von der Zuckersteuer, hat das Finanzministerium wie folgt beantwortet:

Das Finanzministerium ist bereits im Juni ds. Js. beim Reichsminister der Finanzen dafür eingetreten, entsprechend der Regelung in früheren Jahren die von den Binnensiedlern zur Rüttelung der Binnensiedler benötigten Zuckermengen von der Zuckersteuer zu befreien. Unter besonderem Hinweis auf die diesjährige geringe Zuckerrate hat das Finanzministerium im Benehmen mit dem Wirtschaftsministerium seinen Antrag beim Reichsminister der Finanzen neuerdings wiederholt. Eine Entscheidung des Reichsministers der Finanzen ist noch nicht eingegangen.

Ausfahrt zur Deutschen Forstversammlung

Stuttgart, 28. Aug. Als Ausfahrt zur Deutschen Forstversammlung in Stuttgart fanden am Samstag vormittag bereits die ersten Sitzungen der forstlichen Verbände statt. So tagte unter dem Vorsitz von Oberforstmeister v. Arnswald in der Viederhalle die Vertreterversammlung des Reichsforstverbandes, in dem sämtliche höheren Forstbeamten der Länder zusammengekommen sind. Als Gäste waren der Vorsitzende des Deutschen Forstvereins, Ministerialdirektor Dr. Ing. e. h. Habbes-Münden und der Präsident der Württ. Forstverwaltung Dr. König erschienen. Nach einem Tätigkeitsbericht des geschäftsführenden Vorstandsmitglieds, Forstmeister Berlin-Pöckelberg, und internen Beratungen wurde die auch in der Forstverwaltung wichtige Nachschfrage, die Befoldungslage der höheren Forstbeamten und eine Reihe weiterer beamtenpolitischer Fragen erörtert. Zur Frage der Verwaltungsreform wurde dahingehend Stellung genommen, daß auch die Staatsforstverwaltungen nach neuzeitlichen Gesichtspunkten umgestaltet werden müssen. Weiterhin wurden Fragen der forstlichen Berufsvertretung innerhalb der Berufsvertretung der gesamten Beamenschaft besprochen.

Abends fand im Hotel Victoria unter Leitung des Pressescheffs des Deutschen Forstvereins, Oberförster Raab-Berlin, ein Empfang der Presse statt, auf dem führende Mitglieder des Deutschen Forstvereins zu den aktuellen forstwirtschaftlichen und forsttechnischen Fragen Stellung nahmen. Nach einem kurzen Ueberblick von Oberförster Raab über die Entwicklung des Deutschen Forstvereins und seine Arbeiten machte der 1. Vorsitzende des Deutschen Forstvereins, Ministerialdirektor Dr. Habbes, einige grundlegende Mitteilungen über den Stand und die zukünftige Entwicklung der deutschen Forstwirtschaft. Gegenwärtig sei die deutsche Forstwirtschaft in einer Katastrophe. Der Wald, der ein Viertel des deutschen Bodens umfaßt, sei ohne Rente, ja ein Zuschußbetrieb. Der deutsche Wald muß aber erhalten bleiben, auch wenn er sich zurzeit nicht rentiert. Die Forstwirtschaft ist der naturhafteste Betrieb. Der Wald ist für Klima, Bevölkerung usw. besonders wichtig. Oberforstmeister Arnald freifte das immer noch nicht genügend bekannte Gebiet der forstlichen Saatgutenerzeugung und schließlich erörterte der Vorsitzende des Ausschusses für Technik, Landforstmeister Dr. Gerstein-Berlin, der auf Grund seiner technischen Verdienste vor kurzem zum Dr. Ing. e. h. der Technischen Hochschule Stuttgart ernannt worden ist, insbesondere die Verwendung des Holzes als Kraftstoff (Holzgasgeneratoren, Erparnis gegenüber Benzin 80-90 Prozent), seine Bedeutung als Rohstoffquelle für die verschiedensten, hochwertigen chemischen Produkte und die Ueberführung des Abfallholzes in Spiritus (aus 100 Kilo Abfallholz werden 25 Liter Holzspiritus gewonnen, ein Liter zu 18-19 Pf.). weiter in Futterhefe, Lösungsmittel und dergleichen.

Am Sonntag abend trafen sich die Tagungsteilnehmer, über 600, die aus dem ganzen Reich nach Stuttgart gekommen, zu einem Begrüßungsabend im Festsaal der Viederhalle. Die Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins begann am Montag vormittag in der Viederhalle.

Süddeutscher Demokratentag in Vödingheim

Stuttgart, 29. Aug. Die Deutsche demokratische Partei Württembergs veranstaltet am Sonntag, den 4. September, in Vödingheim einen süddeutschen Demokratentag, zu dem bereits zahlreiche Vertreter der badischen Staatspartei und bayerische Parteifreunde ihr Erscheinen zugesagt haben. Um 9 1/2 Uhr vormittags findet im „Kronprinzen“ eine Vertreterversammlung statt. Mittags 3 Uhr ist eine öffentliche Kundgebung im Saal der „Vöding“. Zu dem Thema „Für den nationalen Rechtsstaat, gegen Parteidiktatur“ werden sprechen Landtagsabgeordneter Dr. Brudmann, Wirtschaftsminister Dr. Maier, Dr. A. Reichstagsabgeordneter Dr. Deuß, sowie badische und bayerische Parteifreunde. Die Nachmittagskundgebung ist als öffentliche Versammlung geplant, zu der jedermann Zutritt hat, worauf besonders aufmerksam gemacht sei.

Flugtag in Göppingen

Göppingen, 28. Aug. Der vom Württ. Luftfahrtverband auf dem Göppinger Flugplatz auf der großen Wiesweide veranstaltete Flugtag verlief, von schönem Flugwetter begünstigt, programmäßig. Pünktlich um 1 Uhr nachmittags traf das Luftschiff „Graf Zeppelin“ auf seiner Fahrt von Frankfurt, auf der es gegen 11 Uhr Stuttgart verließ, in lang-samer Fahrt und in Höhe von etwa 500 Metern auf dem Flugfeld ein, das von etwa 40-50.000 Besuchern umfäumt war. Der Zeppelin zog dann über dem Flugplatz und über der Stadt eine Reihe von Schreien in sehr niedriger Höhe und warf mittels Fallschirm ein Paket an die begeisterte Zuschauermenge ab, das einen von der Firma Steiff in Heidenheim kommenden kleinen Glücksbund enthielt. Nachdem das Luftschiff 30 Minuten über dem Gelände geflogen und mehrere Manöver ausgeführt hatte, zog der Lufttrieb um 1.35 Uhr in rascher Fahrt in östlicher Richtung davon. Anschließend wurde eine Reihe von Geschwadern und Kunstflügen gezeigt, in die sich drei Fluglehrer der Fliegergruppe Böblingen, sowie die akademische Fliegergruppe Stuttgart teilten. Ganz besonders zeichnete sich Flugkapitän B. Stör-Schleibheim aus, der in ganz hervorragender Weise seine Kunstflüge in einer eigens dazu konstruierten Messerschmittmaschine zeigte. Nachdem noch Startversuche des größten Segelfluggesetzes der Welt gezeigt und Ballonrahmen ausgeführt worden waren, ließ der Göppinger Flieger Kopp noch einmal auf, um als Schluß der Darbietungen eine Anzahl Freifluglose unter die Zuschauer zu verteilen.

Handel und Verkehr

Stuttgart, 29. August. (Landesproduktentdecke.) Mit der Innensprache der Arbeitskräfte durch Feldarbeiten haben die Zufuhren vorübergehend nachgelassen; dadurch konnten die Preise ihren vorwärtigen Stand behaupten. Die Erntebewegung nähert sich auch in den späten Gegenden ihrem Abschluß. Die herauskommenden Quali-



